

## Deutschland. O. K. C. Reichstags-Verhandlungen. 15. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Berlin, 7. October.

Eröffnung 11 1/2 Uhr. Die Tribünen sind besetzt. An den Tischen des Bundesrathes Minister v. Friesen, Präsident Delbrück, fünf Militär-Commissarien u. s. w.

Präsident Simon:

Meine Herren! Ich habe vor Allem dem hohen Hause den in der Sitzung vom 1. d. M. übernommenen Bericht zu erstatten.  
Se. Majestät der König von Preußen hat die Adresse des Reichstages Donnerstag, den 3. d. M. auf der Burg Hohenzollern — im alleinigen Beisein Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen — entgegengenommen. Die Uebersendung derselben wurde durch eine Ansprache befürwortet, die ich, weil die Antwort Sr. Majestät darauf ausdrücklich Bezug nimmt, auch mittheilen zu müssen glaube. Sie lautet:

Eure königl. Majestät haben zu bestimmen geruht, daß die von dem ersten ordentlichen Reichstage des norddeutschen Bundes am 25. v. M. beschlossene Adresse am heutigen Tage auf der Burg Hohenzollern überreicht werden soll. Diese Thatsache weist auf die ersten Anfänge des preussischen Königsreiches hin. Von diesem Felsen aus trug ein Geschlecht großer Fürsten die Segnungen seiner Regierung nordwärts bis an die beiden Meere. Dort erblühte unter ihrem Scepter aus Ruinen neues Leben. Dort ward, indem die alten Ordnungen zusammenbrachen, der Grund des neuen deutschen Staats gelegt, gewahrt, befestigt. Und nun dringt heute in diese edlen Räume zu Eurer königlichen Majestät die Stimme der Vertretung von dreißig Millionen eines verfassungsmäßig zu einem Staatskörper geeinigten Volkes, den das Bewußtsein durchdringt, Maß und Gesetz seiner Bewegung, Fortbildung und Bollendung ausschließlich in sich selber zu tragen. Eure königliche Majestät wollen huldreichst gestatten, daß der Wortlaut der Adresse verlesen und die Urkunde in Eurer königl. Majestät Hand gelegt werde. (Beifall.)

Nach Verlesung der Adresse geruhten Se. Majestät die folgenden Worte an mich zu richten (das Haus erhebt sich):

„Mit Freuden nehme ich die Adresse des norddeutschen Reichstages entgegen, die den Beweis liefert, daß die Saat des vorigen Jahres glücklich aufgegangen ist. Es sind darin Gesehnungen und Hoffnungen ausgesprochen, welche die Meinigen sind und die einst ihrer Erfüllung entgegenreifen können. Sie gedenken in Ihrer Ansprache des Ortes, an welchem Sie mir die Adresse überreichten. Daß die hergeleitete Stammburg der Hohenzollern am Tage ihrer Einweihung Zeuge des Aufspruchs des norddeutschen Reichstages gegen mich ist, beweiset, daß die Vorlesung mit dem Geschlechte, das hier entsprossen — daß sie mit Preußen war und ist.“

Se. Majestät forderten demnachst noch eingehenden Bericht über den gegenwärtigen Stand und den voraussichtlichen Fortgang der Arbeiten des Reichstages im Plenum wie in den Commissionen und sprachen Ihre Befriedigung durch deren bisherige Ergebnisse aus. Kurz nach 12 Uhr war die Audienz beendigt.

Der Präsident theilt darauf überaus zahlreiche Urlaubsgesuche mit u. a. des Abg. v. Saenger, der als Mitglied der Commission für den Gesetzentwurf betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste durch den Abg. v. Binde erlegt wird. Ferner die Wahlen zur Commission für das Freizügigkeits-Gesetz. Graf Schwerin (Vorsitzender), Graf Bethusy-Huc (Stellvertreter), Cornely (Schriftführer), v. Schöning (Stellvertreter), Dr. Braun (Wiesbaden), v. Dörren, v. Brauchitsch (Genthin), Lasker, v. Blandenburg, Bland, v. Gide, v. Balow und Reichenstein, Wigard, Friedenthal, Fries, Wachenbusch, Böme, v. Urubie-Bomst, Weigel und v. Behmen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung sind Wahlprüfungen. Ueber die Wahl des Grafen Schulenburg (Fleibne) berichtet Abg. Franke Namens der 5. Abtheilung. Derselbe ist im 1. Bremer Wahlkreise (Garnison-Gebiet) in der engeren Wahl gegen v. Bismarck mit einer Majorität von 64 St. gewählt. Ein Protest gegen diese Wahl beantragt ihre Ungiltigkeit wegen ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen. Ihm liegt ein gedrucktes Formular eines Schreibens, das der Landrath von Young in Garnitaux unter dem königlichen Dienstsiegel und unter der Rubrik „königliche Dienstfache“ an verschiedene Wähler portofrei versandt hat. In dem Schreiben wird zu reger Theilnahme bei der Wahl aufgefordert und den Wählern versprochen, daß er, der Landrath, „zu Gegenständen gern bereit“ wäre, falls die betreffenden Wähler dem Grafen Schulenburg ihre Stimme geben würden. — Das Schreiben ist unterzeichnet „der Landrath von Young“. In Proteste ist ferner gesagt, daß der Districts-Commissar Schulz in Fleibne, der Bürgermeister von Fleibne und der Districts-Commissar Grünwald durch Androhung verschiedener Maßregeln, u. a. der Steuererhöhung die Wähler zur Wahl des Grafen Schulenburg zu veranlassen sich bemüht hätten. — Die Abtheilung beantragt trotzdem mit 12 gegen 9 Stimmen die Giltigkeit der Wahl, da die Majorität, obwohl auch sie die groben Ungeheuerlichkeiten mißbilligt, der Ansicht ist, daß die angegebenen Thatfachen keinen Einfluß auf die Aenderung des Wahlergebnisses haben würden, da bei der geheimen Abstimmung Niemand gezwungen werden könne, auszusprechen, wenn er seine Stimme gegeben, oder wenn er sie habe geben wollen. Die Minorität dagegen war der Meinung, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß die beschriebenen Drohungen mindestens den Einfluß gehabt haben, daß viele Wähler sich der Abstimmung enthalten haben. Denn daraus, daß das Schreiben des Landraths gedruckt ist, lasse sich auf eine große Verbreitung desselben schließen.

Die Majorität der Abtheilung beantragt sonach: 1) die Wahl für gültig zu erklären, 2) die Acten dem Bundeskanzler mit dem Ersuchen zu übergeben, gegen den Landrath Young in Garnitaux wegen der gedachten ungesetzlichen Wahlbeeinflussungen und wegen Mißbrauchs der amtlichen portofreien Rubrik, eben so wie gegen den Bürgermeister Flanes und die Districts-Commissarien Schulz und Grünwald wegen der im Protest mitgetheilten Thatfachen die gerichtliche Untersuchung zu eröffnen.

Abg. Bland beantragt: 1) die Wahl zu beanstanden, 2) den Bundeskanzler aufzufordern, zur Feststellung der im Protest mitgetheilten Thatfachen eine gerichtliche Untersuchung zu eröffnen und den Reichstag von dem Ausfall derselben in Kenntniß zu setzen. Auf das Schreiben des Landraths sei weit mehr Gewicht zu legen, als die Abtheilung es gethan, da es entschieden eine gewichtige Einwirkung auf das freie Wahlrecht enthalte. Der Schluss, daß der Landrath „bei sich bietender Gelegenheit mit Vergnügen zu Gegenständen bereit“ sei, könne doch kaum etwas Anderes bedeuten, als daß amtliche Begünstigungen für diejenigen Wähler in Aussicht gestellt werden, wenn sie den Grafen Schulenburg wählen. Das Schreiben ist amtlich verfertigt, enthält die Aufschrift „Portofreie Dienstfache“ und ist, worauf die gedruckten Formulare schließen lassen, jedenfalls in großer Anzahl verbreitet worden. Wenn darin keine gewichtige Beeinflussung gefunden wird, welche die Beanstandung der Wahl zur Folge hat, so würde man eine Wahl beanstanden können. Wenn mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß das Resultat der Wahl in Folge gesetzlicher Einwirkungen auf die Freiheit der Wahl alterirt worden ist, so müssen wir die Wahl für ungültig erklären, wenn wir überhaupt eine wirkliche Volksvertretung haben wollen. Um nun zu untersuchen, ob, was wahrscheinlich ist, das Schreiben des Landraths in solcher Anzahl verbreitet ist, daß es einen Einfluß haben konnte, muß die Wahl beanstandet und diese Thatsache untersucht werden.

Abg. Dr. Beder (Dortmund): Aus dem Proteste und dem beigelegten Formular geht hervor, daß das Schreiben große Verbreitung gefunden und infolgedessen Beeinflussungen der freien Wahl, die bei der geringen Majorität des Gewählten das Resultat alterirt haben, gekostet hat. Ich stelle deshalb den Antrag: „die Wahl schon heute für ungültig zu erklären.“

Abg. v. Salzwedel befürwortet die Giltigkeitserklärung der Wahl. Der Brief könne keinen großen Einfluß gehabt haben; der Schluss des Briefes nur Aehnliches zu bedeuten haben, wie die gewöhnliche Höflichkeitserklärung: „Hochachtungsvoll und ergebenst.“ (Gelächter.) Eine Beeinflussung kann um so weniger angenommen werden, als es sich bei der engeren Wahl nicht um den Kampf zweier politischer Parteien, sondern vielmehr nur um ein sogenanntes Localpatriotismus gehandelt habe, indem jeder Kreis einen eingetragenen Candidaten aufgestellt habe. — Auch die von dem Bürgermeister und den Districts-Commissarien ausgesprochenen „Drohungen“ können von keinem Einfluß sein; denn es liegt gar nicht in deren Macht, die Steuern zu erhöhen und der Landrath selbst hat etwas Deraufgeiges nicht gesagt. Das sind

nur allgemeine Vorspiegelungen, die öfter vorkommen. Die Leute sind schlau genug, daß sie so etwas doch nicht glauben und doch nach ihrer Ueberzeugung stimmen.

Abg. Schulze: Daß das hier gerügte Verfahren in diesem Hause noch eine Art Entschuldigung finden würde, hätten wir wahrlich nicht erwartet. Alle Mittel anzuwenden, daß einem solchen Verfahren für die Zukunft ein Ende gemacht werde, thut deshalb um so mehr Noth, weil man dies unentschuldbar Verfahren noch zu entschuldigen wagt.

Abg. v. Seydewitz (Bitterfeld): Es ist kein genügender Grund, eine Wahl zu lasten, wenn nur nachgewiesen wird, daß die Wahl eine nicht ganz freie gewesen sei. Bis jetzt sind meist die Einflüsse der Beamten gerügt worden, es giebt aber auch auf entgegengesetzter Seite Beeinflussungen, die nicht minder wirken; wenn man deshalb jede Wahl für ungültig erklären wollte, würde fast keine Wahl gültig bleiben können. Es ist genügend, wenn die Ungleichheiten bestraft werden, und dies beantragt auch die Abtheilung.

Abg. Graf Schwerin: Ich bin kein Freund des allgemeinen gleichen Wahlrechts und habe dies nie verleugnet, denn es liegt im allgemeinen Wahlrecht ein großer Theil der Entscheidung unserer staatlichen Verhältnisse in der Hand von abhängigen Leuten. Dieser Fehler darf nicht noch verschlimmert werden durch die Maßregeln der Beamten. Soll das Wahlrecht deshalb irgendwie die Interessen des Landes und der Regierung fördern, so ist jeder Amtsmißbrauch bei den Wahlen fern zu halten (Beifall links) und der Reichstag kann gar nicht streng genug dabei sein, jeden solchen Mißbrauch zu constatiren. Das Schreiben des Landraths v. Young muß ich aber für einen entschiedenen Amtsmißbrauch ansehen und bin der Meinung, daß, wenn es constatirt wird, daß dies Schreiben nicht nur an einzelne Personen, sondern an mehrere Kreise eingeklinkt ist, um den amtlichen Einfluß auf diese geltend zu machen, die Wahl für ungültig erklärt werden muß, und um dies zu constatiren, werde ich jetzt für die Beanstandung der Wahl stimmen.

Abg. v. Lüd. verfuhr nachzuweisen, daß durch das betreffende Schreiben kein Amtsmißbrauch begangen worden sei; da nur ein bloßer Wunsch darin geäußert sei. Man müsse bei dem allgemeinen Wahlrecht die Wähler für so politisch reif halten, daß man eine wirkliche Beeinflussung nur dann annehmen könne, wenn thatsächlicher Zwang oder Bestechung geübt worden sei. Es sei gar nicht nachgewiesen, daß unter den Gegendiensten, die der Landrath versprochen, etwas Unlauteres zu verstehen sei: vielleicht habe er damit gemeint, daß er das nächste Mal selbst auch für Herrn v. Bismarck stimmen wolle. (Gelächter links.) Die Beeinflussungen, welche im Proteste gerügt, wären nicht mehr ungesetzlich und unzulässig, als solche, die sehr häufig von Arbeitnehmern den Arbeitgebern gegenüber geübt würden. Man möge deshalb darüber hinweggehen und die Wahl für gültig erklären.

Abg. Lasker warnt das Haus vor derartigen Interpretationen, wie sie der Vorredner sich erlaubt habe. Welcher Art die versprochenen Gegendienste wären, gebe aus den Drohungen des Bürgermeisters und der Districts-Commissarien hervor. Die Anrufung des „mündigen“ Volkes könne ihn nicht bewegen, für die Giltigkeit der Wahlen zu stimmen; es sei bekannt, welche Macht solche preussische Beamten über Köpfe und wie bedeutend die amtlichen Pressionen wären. Die rechte Seite des Hauses möge mit für Beanstandung der Wahl stimmen, sonst müsse er, im Falle der Ablehnung dieses Antrags, mit seinen Freunden schon heute für die Ungiltigkeit der Wahl sich entscheiden.

Abg. v. Brauchitsch empfiehlt die Giltigkeit der Wahl.  
Abg. Dr. Beder (Dortmund) zieht seinen Antrag zu Gunsten des Bland'schen zurück, damit Gelegenheit zur gerichtlichen Untersuchung der Beeinflussungen gegeben werde.

Präsident Simon: Es ist der Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen vom Abg. Grafen Schulenburg. (Anhaltendes Gelächter im ganzen Hause. — Präsident Simon: Der Antrag ist vom Abg. v. d. Schulenburg (Beckenborn) gestellt.)

Der Antrag auf Schluß wird abgelehnt.  
Abg. Schulze: Die angegebenen Gegendienste eines preussischen Landraths können sehr großen realen Werth haben. Wenn Sie die Wahl genehmigen, so billigen Sie damit das Verfahren jener Beamten und Sie können es dann erleben, daß solche Formulare bei der nächsten Wahl allgemein Anwendung finden. Davor aber möchten wir denn doch unser Land behüten; das liegt in unserer Aller Interesse.

Nach einer kurzen Bemerkung des Referenten Abgeordneten Franke wird abgestimmt und der Antrag des Abg. Bland auf Beanstandung der Wahl mit großer Majorität angenommen; dafür stimmt auch ein Theil der Frei-Conserverativen, u. A. Graf Renard und Graf Bethusy-Huc.

Es folgt die Vorberathung des Etats der Militär-Verwaltung für 1868, der an fortdauernden Ausgaben für 300,000 Mann à 225 Zbl. (unter Erlass von 1,082,427 Zbl. an einzelne Bundesstaaten) 64,714,613 Zbl. aufweist. Diese Summe wird nach dem Restat der im December 1867 stattfindenden Volkszählung anderweit festgestellt. 2) An einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, deren Deduction aus dem Ordinarium für 1868 durch besondere Ersparnisse ermöglicht wird, 1,702,960 Zbl., in Summa 66,417,573 Zbl.

Aus den fortdauernden Ausgaben haben wir hervor: Kriegsmaterialium 328,030 Zbl., Militär-Intendanturen 290,065 Zbl., Militärgeldzahlungen 102,375 Zbl., Militär-Justizverwaltung 122,472 Zbl., Befolgung der höheren Befehlshaber 661,198 Zbl., der Commandanten, Plajmajore und Etappen-Inspectorien 178,092 Zbl., der Adjutanten des Königs von Preußen 29,500 Zbl., Generalstab 267,400 Zbl., Adjutantur-Offiziere 83,795 Zbl., Ingenieurcorps 415,912 Zbl., Gels- und Natural-Verpflegung der Truppen 22,326,118 Zbl., 14,623,061 Zbl., Verleumdung der Arme 4,745,969 Zbl., Serbis- und Garnison-Verwaltung 7,239,967 Zbl., Militär-Logareibungen 1,444,000 Zbl., Verpflegung der Erzie- und Heiferbe-Mannschaften 431,050 Zbl., Remonte 1,185,543 Zbl., Militär-Erziehungsanstalten 487,905 Zbl., Pflege- und Unterrichtsgelder für Kinder 61,269 Zbl., Militär-Medicalstab und Bildungsanstalten 70,733 Zbl., Artillerie, Waffen- und Pulverfabrikation 1,951,744 Zbl., Festungen 505,533 Zbl., Invalidenwesen 5,980,918 Zbl. Die außerordentlichen Ausgaben sind durch militärische Bauten veranlaßt.

Zu diesem Etat liegen folgende Anträge vor: 1) des Abg. Dr. Goeß: Der Reichstag wolle beschließen, zu erklären: Es ist die Aufgabe des norddeutschen Bundes, dem tiefgefühlten Friedensbedürfnis der Nation Ausdruck zu verleihen, daß das Bundes-Präsidium baldigst mit den europäischen Mächten in Verhandlungen über gemeinsame Verminderung der stehenden Seere tritt, und seinerseits, im Vertrauen auf die Kraft der Nation, durch Verleumdungen im größeren Maßstabe sofort seiner Friedensliebe Ausdruck giebt.

2) der Abg. Dehmichen, Gebert, Franke, v. Münchhausen, Schleiden u. A.: Der Reichstag wolle beschließen: gegen den Bundeskanzler den Wunsch auszusprechen, daß bei fortdauernder Aussicht auf Erhaltung des Friedens Verleumdungen von Soldaten in ausgedehntem Maße eintreten, um die durch die verfassungsmäßig bestimmte Präsenzzeit für den Militärdienst in hohem Maße in Anspruch genommenen Kräfte und Geldmittel der Vervollständigung des norddeutschen Bundes möglichst zu schonen.

3) der Abg. v. Fordenbed, Hennig, Meyer (Thorn) und Hofius: den Bundesrath aufzufordern, in der nächsten Session des Reichstages einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen einheitliche Bestimmungen über das Militärserviswesen in Friedenszeiten für den norddeutschen Bund festgelegt werden.

4) von dem Abg. Ziegler: den Fordenbed'schen Antrag auszudehnen auf die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht und deren Vergütung.  
Bundescommissar v. Bobielsti: Dieser Etat ist zu einer Zeit aufgestellt, wo die Organisation des Bundesheeres noch nicht so weit vollendet war, als überall die spezifischen Grundlagen zu gewinnen, die zur Begründung der einzelnen Titel notwendig sind. Hin und wieder ist daher der Anschlag bloß approximativ nach den Verhältnisszahlen gemacht. Doch ist das kein Nachtheil, denn die Verwaltung sorgt ja dafür, daß nur das ausgegeben wird, was wirklich notwendig ist. In dem Etat selbst haben alle die Verbesserungen Berücksichtigung gefunden, die bei Begründung der Baufumme von 225 Zbln. in Aussicht genommen waren. Ich führe als die hauptsächlichsten an: die bessere Verpflegung der Unteroffiziere und Soldaten, wozu eine Summe von 900,000 Zbl. gegen früher in den Anschlag aufgenommen worden ist. Dies zusammengekommen mit der früheren Soldderhöhung macht für Unteroffiziere und Soldaten an Bewilligungen im Laufe des Jahres ein Plus von 2,700,000 Zbln. aus, 9 Zbl. pro Kopf. Es ist sodann eine reichlichere

Quartierentschädigung, 1,500,000 gegen den früheren Anschlag zum Ansat genommen. Die Verwaltung hat ihrerseits Alles gethan, um bereits in dieser Session ein Serbisgesetz vorlegen zu können. Sollte das wegen der Kürze der Session nicht durchführbar sein, so soll dem Lande wenigstens nicht der materielle Vortheil entzogen werden, und es wird nach dem Etat die Quartierentschädigung 33—40 vSt. höher bemessen als früher. Ferner führe ich noch die Erhöhung der Gehälter der Ärzte, im Ganzen um eine Summe von 11,000 Zbl., und die Erhöhung der Gehälter der Leutenants um 5 Zbl. monatlich an. Auf diese Art und Weise hofft die Militärverwaltung, daß wenigstens den dringenden Bedürfnissen für eine Reihe von Jahren genügt sein wird.

Abg. Dr. Goh: Wir stehen hier vor einer Ausgabe von über 66 Mill., ohne factisch daran etwas ändern zu können. Ich von meinem Standpunkte aus kann mich natürlich nur negativ gegen eine solche Forderung stellen. Und solche große Opfer, solche eine kolossale dadurch erzeugte Steuerlast nur, um die Macht des norddeutschen Bundes aufrecht zu erhalten! Meine Herren, es muß bei Zeiten daran gedacht werden, andere Bedingungen für diesen Bund zu schaffen, und die erste dieser Bedingungen ist die, daß der norddeutsche Bund den Grundsatze verleihe, der ihn in's Leben gerufen hat, und das ist kein anderer, als der von dem Bundeskanzler ausgesprochene: Macht geht vor Recht.

Präsident Dr. Simon: Sie überlegen, wie wenig es Ihnen zuleist, diese Versammlung, zu der zu gehören Sie die Ehre haben, und den Staatskörper, dessen Mitglied Sie sind, in dieser Weise zu charakterisiren. Ich mache Sie darauf aufmerksam, und gleichzeitig, daß ich eine Fortsetzung in diesem Stile nicht dulden werde. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Dr. Goh: Ich glaube nicht, daß die Wiederholung eines Grundsatzes des Bundeskanzlers geeignet wäre, die Versammlung zu verlegen.

Präsident Dr. Simon: Nicht die Wiederholung, aber der Inhalt, den Sie dieser Wiederholung geben, der verlegt sie.

Abg. Dr. Goh: Mag dem nun sein, wie ihm wolle, ich habe also diesen Ausspruch des Bundeskanzlers wiederholt. Ich meine nun, wenn man die Steuerlast eines Volkes in Anspruch nehmen will, so muß diese Besteuerung überhaupt möglich gemacht werden. Mögen Sie auch mit vollster Begeisterung auf den norddeutschen Bund sehen, unter allen Umständen müssen Sie daran denken, in etwas demokratischem Geiste die Zukunft des Bundes umzugestalten. Sie müssen die jetzigen Klippen bei Seite schaffen und dabei allein von dem Rechtsgrundsatze ausgehen: Förderung der Arbeit, des Wohlstandes und des Friedens. Diese Ideen werden wohl Vielen von Ihnen etwas chimärisch und idealistisch vorkommen; sie behalten nichts desto weniger ihre Kraft. Ich gehöre nicht zu denen, m. H., die so große Furcht haben vor den Kriegesgefahren Frankreichs. Es ist wahr, es giebt dort eine kriegerische Partei, aber die giebt es überall da, wo es Berufs Soldaten giebt. Außerdem sehe ich auf dem Standpunkte, daß ich glaube, daß das französische Volk gerade so gut hungrig hat wie das deutsche und daß die französischen Väter ihre Kinder eben so lieben wie die deutschen Väter ihre Jungen.

Es ist undenkbar, daß das französische Volk als Nation ein Interesse an einem Kriege gegen Deutschland haben sollte. Diese kriegerische Machtheilung, die wir einnehmen, wird sich auch auf die Dauer gar nicht halten lassen. Mit der Constitution des norddeutschen Bundes hat auch Frankreich geglaubt, sein Heer vermehren zu müssen; das ist für den Bund natürlich ein Impuls zu einer neuen Vergrößerung des Heeres, und darauf hin muß wieder Frankreich vermehren. (Heiterkeit.) Kurz, Sie haben da die Schraube ohne Ende, mögen Sie lachen wie Sie wollen. (Abgeordneter Walbed: Sehr gut!) Der Antrag, den ich gestellt habe, ist nicht gestellt vermöge tiefen diplomatischen Verständnisses, er stammt aus dem einfachen geordneten Menschenverstande, der allerdings stellenweise von der Diplomatie zur Disposition gestellt wird. Nur durch den Frieden kann es besser werden. Die blutigen Abgeordneten sind nicht die einzigen, die den Großen sechs Mal umdrehen müssen, ehe sie ihn ausgeben. Viele werden darüber erschauern, mit einem solchen Antrage an das Bundespräsidium zu kommen, dem doch die Verfassung das Recht gegeben hat allein über Krieg und Frieden zu beschließen. Aber ich gestehe keinem einzigen Menschen das Recht zu, allein darüber zu entscheiden. Es ist die Pflicht der Volksvertretung, in dieser Richtung hin ihre Wirksamkeit zu entfalten und Sie können nichts Größeres und Würdigeres beschließen, als für Bürgerfreiheit und Volkswohlfahrt, für die sittliche und geistige Bildung des Volkes die Bahnen zu öffnen.

Abg. v. Binde: Ich halte den Normaletat der Militärverwaltung für einen der besten Beschlüsse des vorigen Reichstages. Wir haben nur das Recht der Erinnerung, das aber keineswegs zu unterschätzen ist. Denn das Volk erfährt dadurch, wie diese Ausgaben verwendet werden, und ich bin auch überzeugt, daß besonnene, gründliche und mäßige Ausstellungen unsererseits wohl von der Regierung Berücksichtigung finden werden. — In gewissem Sinne ist es ganz richtig, daß Macht vor Recht geht. Bei Streitigkeiten zwischen Völkern giebt es kein anderes Forum als das der Macht, und darum muß eine jede Nation dafür sorgen, daß sie die nötige Macht hat. Auch in demokratischen Staaten fehlen daher die hierzu erforderlichen Ausgaben nicht, und diese haben, richtig verwendet, einen unendlichen Nutzen und großen moralischen Werth. Denn diese Ausgaben halten die Nation kräftig, sie gewöhnen sie daran, gerne für die Ehre des Vaterlandes einzutreten. — Redner geht demnachst zur Besprechung des Etats über und verleiht denselben in ausführlicher Rede mit den früheren preussischen Etats; doch bleibt er auf der Tribüne unerschütterlich.

Abg. Dr. Walbed: Schon der Abg. Goh hat ungefähr die Gefühle ausgesprochen, mit denen meine Freunde und ich an dies Capitel herantreten. Seine Zeit haben wir gegen die Möglichkeit einer solchen Budgetberathung uns Gemüth zu schenken verlohrt; es hat nichts geholfen, wir müssen die Position so annehmen, wie sie jetzt ist; wir haben nur Erinnerungen zu machen. Und doch, m. H., wo Sie nicht mitthäten, da sollten Sie auch nicht mitthäten. Dieser Etat ist durchaus weiter nichts, als die consequente Fortsetzung desjenigen Systems, was das Abgeordnetenhaus eine Reihe von Jahren bekämpfen zu müssen geglaubt hat, desjenigen Systems, das ein großes, stehendes Heer im Frieden statuirt im Gegenstaz zu den großen Errungenschaften des Krieges von 1813, einem mächtigen stehenden Heere und einer großen Landwehr, einem Volke in Waffen statt Berufs Soldaten. Unsere Sache steht deswegen noch nicht so schlimm, wie unsere Feinde im Auslande glauben möchten, das bemerke ich dem Hrn. Abg. Goh, weil allerdings unser Heer, Dank jener Schöpfung von 1813, doch noch immer ein ganz anderes ist, als etwa die von Oesterreich, von Frankreich, von Rußland. In dem Heere Oesterreichs mit seinen verschiedenen Nationalitäten sehen Sie Berufs Soldaten, reine Maschinen des Absolutismus; ebenso ist in Frankreich trotz der guten demokratischen Unterlage durch das verkehrte imperialistische System das Heer zu der Kategorie der Lanzenreiter herabgesunken. Von Rußland schweige ich, weil es außerhalb der Grenzen der Civilisation steht (Heiterkeit). Wir haben bis jetzt noch die allgemeine Wehrpflicht, wir haben bis jetzt noch das Gesetz von 1814 mit einer einzigen Aenderung. Diese großen Errungenschaften enthalten den Keim in sich, woraus sich wieder etwas Kräftiges entwickeln kann, diese und nur diese allein. Zuerst müssen wir aber ein freies Volk sein, müssen die Hindernisse hinwegheben, die die man geglaubt hat, unserer Freiheit anlegen zu müssen. Zunächst muß dieser Traum aus der Gesinnung der Herrscher schwinden, dieser Traum, es sei besser über ein nicht freies Volk zu herrschen, als über ein freies!

M. H., ich bin Optimist, ich verzweifeln nicht an der Zukunft, wo ein solches Volk vorhanden ist, wie das preussische und das deutsche es ist. Aber täuschen wir uns nicht, wir sind noch weit, weit davon entfernt, und so lange wir davon entfernt sind, besteht auch die Kriegsgefahr, bestehen auch die Kämpfungen gegenwärtig fort. Daß der Wunsch nach Frieden augenblicklich ein frommer ist, ist natürlich, der eine Nachbar kann nicht Ruhe halten, wenn der Andere fortwährend unruhig ist. — Ich gebe auf den Etat selber nicht ein, es sind auch im Einzelnen manche Punkte vorhanden, die wir lieber nicht darin sehen möchten. Ich erinnere nur an den Militärgerichtsstand, an die große Ausdehnung und Befähigung der Kadettenhäuser, an den thatsächlichen Vorzug des abligen Standes bei den höheren Militärstellen. Die große Höhe des Budgets noch weiter zu ragen, halte ich mich nach Artikel 62 der Verfassung nicht für befugt. In wie weit die verschiedenen eingebrachten Anträge den Verfall der Versammlung finden werden oder nicht, das ist nicht von so großer Wichtigkeit, als das, was wir uns immer wieder einprägen müssen, wie doch der richtige Zustand nur darin wird bestehen können, daß wir ein möglichst kleines Heer im Frieden halten, dagegen das ganze Volk für den Krieg erziehen. Kann dies für die Zukunft erreicht werden,



dann ist für die militärische Kraft und die Erhaltung des Friedens genug gesorgt. Sie sympathisieren dann mit der ganzen gebildeten Welt. M. H., bewegen wir uns wieder hinauf auf den Standpunkt, der unserer allein würdig ist! (Bravo links.)

Abg. Dehmichen: Obwohl auch ich gegen die Annahme der Verfassung gestimmt habe, so theile ich doch den Standpunkt der abstrakten Negation nicht, ich erkenne die durch das Majoritätsvotum geschaffenen Thatfachen und damit zugleich das Militärbudget an. Wir haben das feste Vertrauen zu der Regierung, daß sie alle ohne Schädigung der Wehrfähigkeit möglichen Sparnisse eintreten lassen wird, und von dieser Ansicht geleitet, haben wir unsern Antrag gestellt. Ein großer Theil der Armee nähert sich durch seine allgemeine Bildung den Einjährig-Freiwilligen, und wolte man diese — vielleicht ein Drittel der Mannschafft — beurlauben, so erwürde dadurch schon eine Ersparnis von 6½ Millionen, die täglich erspart werden könnten. Wenn man behauptet hat, die Präsenz des Heeres sei ein vorzügliches Erziehungsmittel des Volkes, so wüßte ich doch, daß die Erziehung in der Schule und nicht erst im Heere geboten würde. Legen Sie die aus dem Militärbudget ersparten Mittel für die Volksschule an und Sie werden die Ausbildung besser und billiger haben.

Dr. Blum (Sachsen): Es ist nicht das erste Mal, daß Europa von der Entwaffnungsfrage hört. Bereits im französischen Convente kam dieselbe zur Sprache und — nicht lange darauf standen die Franzosen am Rhein; daraus möge sich Herr Dr. Waldeck eine Lehre entnehmen. Ebenso wenig haben die Friedensconferenzen einen Erfolg aufzuweisen, und ich halte es überhaupt für eine Unmöglichkeit, daß die Ideen eines dauernden Friedens jemals verwirklicht werden, da es an einem Staatsgerichtshofe zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten fehlt. Man möge sich nur zu dem Gedanken aufschwingen, ein internationaler Staat zu sein, und man wird nicht mehr mit Verdrüß auf die Größe des stehenden Heeres hinblicken. Gerade vom sächsischen Standpunkte halte ich es nicht für gut, bei uns schon jetzt eine Entlassung im größeren Maßstabe eintreten zu lassen. Das Heer dient dort dazu, den nationalen Gedanken zu kräftigen, während die Schwächung desselben nur ein Hebel für die partikularistischen Bestrebungen sein würde. Gerade die sächsische Partei, von welcher die dahin zielenden Anträge eingebracht sind, ist sonst nicht so friedlich; sie ist es, die die ständwärtige Politik Deutschlands unterstützt hat, für den früheren Bundesstaat in das Feuer zu gehen; als wir uns im vorigen Jahre an unseren König mit der Bitte um Frieden wendeten, beglückte sie uns mit dem Namen „Leipziger Pfeifersade“; als wir nach Abschluß des Friedens eine Veröhnung der Parteien hofften, haben sie den Conflict geschärft. Aus Haß gegen den neuen Bundesstaat haben sie ein Vastarband mit der äußersten Linken geschlossen, die früher am Karren der Reaction Spandienste leisteten. Ich erbehe Protest dagegen, und durch solche Leute den nationalen Gedanken ersuchen zu lassen. (Lebhafter Bravo rechts.)

Abg. Stabenhausen: Ich weiß, daß ich zum Reichstage und nicht zum Friedenscongresse spreche, deshalb will ich auf die Ausführungen des Abg. Göb nicht weiter eingehen. Wenn der Abg. Waldeck uns das Jahr 1813 vorführt, so möchte ich ihn doch bitten, dasselbe in eine Parallele mit dem Jahre 1866 zu stellen; ich glaube, wenn man Opfer und Erfolge beider gegeneinander hält, daß man dem letzteren den Preis zuerkennt. Es ist ferner wiederholt auf das Gesetz vom Jahre 1814 hingewiesen, man hat mit demselben ebenso wie mit der Landwehr Abgitterei getrieben, und ich bedaure dies, obwohl ich die Leistungen der Landwehr aus eigener Erfahrung sehr hoch schätze. Vom Jahre 1815 bis 1848, wo wir uns in einer Art von Halb-schlummer befanden, hatten wir freilich eine große Macht nicht nötig, wir konnten uns ruhig die Schlafmäule über die Ohren ziehen, seitdem ist die Stärke des Heeres vermehrt, aber auch erst seit dieser Zeit ist bei uns das nationale Bewußtsein gewacht. Der Militäretat ist uns jetzt vorgelegt, damit wir unsere Bemerkungen daran knüpfen und ich halte dies für sehr gut, wenig ersprießlich aber möchte es sein, sich rein negativ zu verhalten, wie der Abg. Waldeck will, weil uns die Entscheidung darüber entzogen ist. — An dem Etat vermisse ich viel, zunächst die nöthigen Erläuterungen; die angeführten Ersparnisse gelten nur für 1 Jahr oder können nur für 1 Jahr gelten. Die Kasernen und ähnliche Bauten, die regelmäßig wiederkehren, sind in das Extraordinarium gestellt. Die Gehaltsverhältnisse sind nicht für ihre Empfänger prägnant, ihr Umfang ist nicht deutlich. Die Regimenter 97—99 fehlen ganz. Redner fragt: Ist der Sold bei allen Truppen derselbe? Die mittleren Chargen (Capitane 2. Klasse) sind am schlechtesten weggekommen, da man gleichzeitig von oben und unten die Gehälter erhöht.

Abg. Dr. Göb: Den richtigen Ausdruck für das Verfahren des Abg. Blum gebraue ich mir nicht zu brauchen, da ich mir bereits an dem „Grundriss Wiemar's“ die Hand verbrannt habe (Seitenthil). Ich wenigstens habe nie für Weust geschwärmt und verweise deshalb auf Hirt's Almanach. (Derselbe bemerkt pag. 108: „Göb wurde u. a. wegen Beleidigung des Ministeriums Weust dreimal zu Freiheitsstrafen verurtheilt.“) Die übrigen Angegriffenen haben wenigstens das Verdienst sich treu geliebt zu sein, während die Partei des Abg. Blum genue Ueberläufer in ihren Reihen zählt, die wir bald nicht bloß als Anwält des Oberappellationsgericht, sondern auch in anderen Stellen sehen werden. (Präsident Simon: Ich habe den Abg. Blum nicht unterbrochen, weil er nicht von Mittheilungen im Hause, sondern von einer Partei in Sachsen gesprochen hat.) Ob man an dem Triumphwagen der Reaction in Sachsen oder Preußen Spandienste thut, ist gleichgültig. Ich bin kein sächsischer Partikularist, auch kein preussischer, was viel schlimmer und gefährlicher für die Gesamtheit ist, sondern bin ein Deutscher. Ich bin nicht so feinsinnig das Heer ganz beiseite zu lassen; aber der Wehrfähigkeit geschieht kein Eintrag, wenn nicht eine große Anzahl von Leuten immer mit dem Seitengewehr herumläuft. Herr Blum sagt, das Heer solle in Sachsen den Partikularismus niederhalten. Da gäbe der Schelm heraus: es soll zu Polizeiwachen verwendet werden. (Ob!) (Präsident Simon: ich kann den Redner doch nicht unterbrechen; es hat jeder das Recht, seine Meinung zu sagen.) Man trat gegen die Turner auf, weil man Berufsoldaten wollte. Eine Entlassung ist sehr wohl möglich, eine große und gesunde Nation hält ihre Nothdurft in Respect. Ueber den Militäretat bitte ich en bloc abzustimmen und nicht noch lange, schöne Reden zu halten. Wir haben ja kein Recht ihn zu ändern. (Präsident Simon: Der Militäretat kommt überhaupt nicht zur Abstimmung; die einzelnen Positionen werden nur verlesen.)

Abg. Gantzer (Sachsen) verwarf den Antrag Dehmichen gegen die jugendliche Phantasie und den Partisanismus des Abg. Blum.

Abg. Blum bedauert den persönlichen Streit; er hat nur der Sache dienen wollen durch Bloßlegung des Parteiewesens in Sachsen. Er erinnert nur noch an die Behandlung der luxemburger Frage in ihrem spezifischen Organ, das zugleich das der Linken ist: zuerst hieß es, Preußen solle doch ja nicht wegen eines entlegenen Vändchens von zweifelhafter Nationalität Krieg anfangen; und später hat man Preußen nicht genug schmähen können, als es Friede blieb. Das ist die Konsequenz der bundesstaatlich-constitutionellen Partei! Herr v. Weust ist übrigens nicht mehr sächsischer Bürger, sondern Minister eines Staates von sehr zweifelhaft deutschem Charakter der mit Napoleon in Salzburg Dinge abgemacht hat, die uns mehr oder minder unbekannt sind. (Seitenthil.) Die Conflicte mit dem preussischen Militär, von denen die „Leipziger Zeitung“ zu erzählen weiß, sind Erfindungen oder bestehen in Aufreizungen von Soldaten durch Gassenjungen. Dagegen werden auf den Straßen hochverräterische Rieder (im Sinne der Bundesverfassung nämlich), gefangen, die den Wunsch aussprechen, daß Preußen wieder geschlagen werden möge. Präsident Simon: Ich vermisse den Zusammenhang dieses Vortrags mit dem Antrage Dehmichen. Abg. Blum: Ich bin fertig.

Abg. Schwarze: Dem Reichstage werden die durch den Vorredner Berichteten durch ihre Abstimmungen bewiesen, daß sie an der norddeutschen Bundesverfassung als an der gesetzlichen unverrückbaren Basis festhalten. Wir Sachsen haben eine unglückliche Politik gemacht, aber keine untreue. Ueber Weust, den seine Gegner für einen großen Staatsmann halten, abzuurtheilen, dazu gehören andere Männer. Ueber Salzburg wissen wir beide nichts, aber darum kann Herr Blum nicht Waffen aus dieser Zusammenkunft für sich schmieden. Den Straßenkandalen stehe ich nicht nahe genug, um ihre Veranlassung beurtheilen zu können. Der sächsische Bürger werde sie nicht geben, da er in den einzelnen Soldaten nicht eine Armee beleidigen wird, vor der er Respect hat. Wir (Sachsen) wollen hier nicht als zweifelhafte Leute unter Ihnen sitzen. Unser Antrag bewachte nur eine Ersparung und überläßt das Ob, Wann und Wie den Sachverständigen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Sacke: Herr Blum vergißt, daß wir seit 1858 gegen die Weust'sche Reaction im Landtage gekämpft haben. Ich bedauere, daß hier die inneren sächsischen Zustände offen gelegt worden, aber dem Abg. Blum rufe ich das schottische Sprichwort zu: ein schlimmer Vogel, der sein Nest beschützt!

Abg. Dehmichen verwarf sich in ähnlicher Weise.

Abg. Dr. Braun (Weissenhofen): Auch ich bin Gegenstand einer Attacke geworden, obwohl ich an den sächsischen Zuständen so unschuldig bin wie ein Lamm. (Seitenthil.) Die Bemerkung des Abg. Göb kann ich nur auf mich beziehen, da ich von der Species der Anwält des Oberappellations-Gericht das einzige Exemplar im Hause bin. Doch das war ich bereits vor 12 Jahren und es ist seitdem weder meine Stellung noch meine Gefinnung

geändert: ich habe stets an die Zukunft des Vaterlandes geglaubt und die Selbstüberhebung des Partikularismus auf den Tod belämpft. Gegen solche Nadelstiche bin ich gewappnet: ich werde niemals Götzenbiener sein! (Große Seitenthil.)

Die einzelnen Titel des Militäretats werden ohne Widerspruch verlesen, nur bei einigen wird nähere Auskunft verlangt. Bei Tit. 12 (Gouverneure, Commandanten, Blazmajore) bemerkt Abg. Twesten, daß die beiden letzten Kategorien unverbältnismäßig vermehrt seien. Früher gab es nur in Berlin und Breslau Commandanten und jetzt in Dresden, Leipzig, Hannover, Potsdam, Altona, Frankfurt, Kassel. Von geschäftlicher Bedeutung waren diese Posten niemals. Einen besonderen Antrag stellt Abg. Twesten nicht. Der Herr Bundescommissar schweigt.

Bei Tit. 17 (Adjutantur) fragt Abg. v. Fordenbed, warum diese dreifache Vermehrung gegen den letzten preussischen Etat? Bundescommissar v. Bobbielsti: weil die Adjutanten der Contingentsherrn auf den Etat des Bundes gebracht werden mußten. Zu Tit. 20 (Gehälter und Löhnung) fragt Abg. Twesten, ob die im Etat ausgeworfenen Truppentypen wirklich schon vorhanden sind, wie sie hier aufgeführt werden, und ob noch andere Formationen zu erwarten sind. Aufgeführt sind 115 Infanterie-Regimenter Tit. 117 (9 > 13 Armeecorps); gehört das großherzoglich heßische mit dazu, und wie steht es mit den fehlenden Regimentern? — Aufgeführt sind 75 Cavallerie-Regimenter Tit. 78 (6 > 13). Ferner sollen die 4ten reitenden Batterien formirt werden? Es bebar vollständig der Etat, um zu übersehen, warum das Infanterie-Regiment 12,000 Thlr., das Cavallerie-Regiment 6000 Thlr., das Feld-Artillerie-Regiment 14,000 Thlr. mehr kostet, als im letzten preussischen Etat veranschlagt war. Zum Theil ist dies Plus durch die Zulagen motivirt, die im preussischen Etat theilweise, aber an anderer Stelle aufgeführt wurden.

Bundescommissar v. Bobbielsti: Die Truppentypen sind sämmtlich vorhanden, wie der Etat sie aufführt; nur die Offiziere sind nicht vollständig. Das großherzoglich heßische Regiment befindet sich unter den 115. Die Regimenter 97, 98 und 99 sind nicht errichtet, um über den Prozentsatz der Bundesverfassung nicht hinauszuweisen und das Resultat der nächsten Zahlung abzumachen, das wahrscheinlich die Ziffer von 30 Millionen überschreiten wird. Drei Cavallerie-Regimenter fehlen noch, weil die Specialverträge erst dann vollständig sein sollen, wenn die Beiträge der Bundesstaaten durchweg die Normhöhe von 225 Thlr. erreicht haben. Dasselbe gilt von der Artillerie. Die Specialverträge aufzustellen, war bisher nicht möglich. Wegen der noch fehlenden Offiziere werden 400,000 Thlr. an den Gehältern zurückgerechnet.

Zu Tit. 32 (Serbis) hält Abg. v. Fordenbed seinen Antrag aufrecht, trotz der heute vom Bundescommissar gegebenen Aussicht auf ein einheitliches Serbis-Gesetz. Die Entschädigungsfrage, wie sie heute gewährt werden; sind schon vor 57 Jahren bestimmt und den heutigen Verhältnissen durchaus nicht mehr angemessen. An das preussische Abgeordnetenhaus sind schon wiederholt Klagen und Petitionen dierhalb gelangt und es ist durchaus nötig, daß die hieraus entstehenden Unbilligkeiten möglichst bald ausgeglichen werden.

Bundescommissar v. Bobbielsti: Die Vorlage des gewünschten Gesetzes ist schon ziemlich weit vorgeschritten und wird sobald wie möglich im Reichstage eingebracht werden, da auch die Militärverwaltung das Bedürfnis durchaus anerkennt.

Abg. Ziegler motivirt sein Amendement. Er weist das Bedürfnis einer anderweitigen Regelung dieser Frage nach und zeigt, wie große Zuschüsse einzelne Städte hierfür leisten mußten, weil auf die dieserhalb, bis jetzt fruchtlos, im preussischen Abgeordnetenhaus gepflogenen Verhandlungen hin und wieder dringend eine baldige Abhilfe.

Bundescommissar v. Bobbielsti: So wünschenswerth eine gleichzeitige Regelung dieser Frage auch ist, muß ich doch, um Irrthümer zu vermeiden, erklären, daß sich das in Vorbereitung begriffene Serbisgesetz nur auf Quartierentschädigungen, allerdings auch auf Märschen bezieht.

Abg. Hofius macht auf die Ungleichheit der Belastung der Stadt Neu-wied aufmerksam.

Der Antrag Fordenbed mit dem Amendement Ziegler wird mit großer Majorität angenommen.

Bei Tit. 45 (Militär-Erziehungs- und Bildungs-Anstalten) fragt Abg. Graf Solms-Laubach, ob auch Angehörige der außerpreussischen Bundesstaaten in dieselben aufgenommen werden könnten, und bittet eben, die Aufnahmebedingungen zu veröffentlichen, da sie zu wenig bekannt wären.

Bundescommissar v. Bobbielsti erklärt, daß jeder Norddeutsche mit Bezug auf diese Anstalten jetzt so behandelt werden würde wie früher, als die Anstalten specifisch preussisch waren, die Inländer.

Abg. Twesten rügt es, daß man noch nicht darauf Rücksicht genommen habe, dem schon früher oft angeregten Wunsche nachzutun, die Cadettenhäuser einzuschließen, anstatt zu erweitern, da die Ausbildung der Offiziere von ihrer frühesten Jugend an in den Specialanstalten nicht wünschenswerth sei. Selbst Ausland habe schon die Cadettenhäuser aufgegeben; man möchte dem allgemeinen Wunsche doch einigermaßen Rechnung tragen. Sodann richtete er an den Regierungskommissar die Frage, ob auch in andern Bundesstaaten Cadettenhäuser existirten und in welchem Verhältnisse dieselben zum Bunde stünden.

Bundescommissar v. Bobbielsti: In Dresden besteht noch ein sächsisches Cadettencorps, dessen Verhältnisse noch nicht haben regulirt werden können.

Abg. v. Binde: Durch die Erfahrungen des letzten Krieges haben sich die Cadettenhäuser glänzend bewährt; es ist deshalb zur Zeit nicht wünschenswerth, an der alten guten Methode zu rütteln; man kann diese Organisation vertrauensvoll der Regierung überlassen.

Abg. Twesten: Ich glaube wohl nicht, daß der Herr Vorredner einen Unterschied hat auffüllen wollen zwischen den Leistungen der in Cadettenhäusern gebildeten Offizieren mit den übrigen.

Abg. Dr. v. Noon: Daß der Wunsch nach der Auflösung, resp. Beschränkung der Cadettenhäuser ein allgemeiner sei, ist wohl nur eine subjective Ansicht des Herrn Vorredners, die aber factisch nicht richtig ist. In der Armee wenigstens hält man das Fortbestehen und die Vermehrung der Cadettenhäuser für dringend notwendig und begehrt sie allgemein.

Bei Tit. 48 weist Dr. Schläger auf die ungenügende Besoldung und Stellung der Militärärzte hin und wüßte dringend Abhilfe.

Bundescommissar v. Bobbielsti: Im Etat des nächsten Jahres sind 111,000 Thlr. zur Verbesserung der ärztlichen Gehälter ausgesetzt.

Es wird ziemlich finster im Hause, so daß auf der Journalistentribüne nur mit großer Anstrengung der Augen weiter zu arbeiten ist. — Die Stereographen des Reichstages erhalten Licht. — Bei Tit. 57 und 58 (Pensionen und Unterhaltungen für Offiziere, Wittwen und Kinder) rügt Abg. v. Bunsen die Undollständigkeit des Etats und bittet um Auskunft über das Verhältniß der Pensionirten zc. in den übrigen Bundesstaaten. Er wüßte auch zu wissen, ob das Potsdamer Militärwaisenhaus zu Bundeszwecken benutzt werde, oder noch eine specifisch preussische Anstalt sei.

Bundescommissar v. Bobbielsti: Die Sache haben bis jetzt nur approximativ angegeben werden können, da eine Abrechnung mit den Bundesstaaten noch nicht erfolgt ist.

Bei Tit. 59 fragt Abg. v. Fordenbed nochmals über die Stellung des Potsdamer Militärwaisenhauses nach, da der für dasselbe erforderliche Zuschuß nicht auf dem Bundesetat stehe.

Präsident Delbrück: Diese Frage ist von der Regierung sehr sorgfältig erörtert worden; sie ist aber zu dem Schlusse gekommen, daß das Potsdamer Militärwaisenhaus keine Bundesanstalt sein könne und deshalb mit dem Zuschuß auch nicht der Bundesetat, sondern der preussische Etat zu belassen sei. Der Zuschuß, der von Preußen bisher geleistet wurde, ist nicht aus eigentlichen Staatsfonds geleistet worden, sondern als Äquivalent, zu dem sich der Fiskus verpflichtete, als er die Rechte, Grundstücke, Privilegien zc. einzog, mit denen das Institut dotirt war. Das Institut ist eine selbstständige juristische Person, das nur unter der Verwaltung des Kriegsministers steht; der hierzu von Preußen zu gewährende Zuschuß beruht also auf einem besonderen Rechtstitel, der auf den Bundesetat nicht übertragen werden kann.

Zu Titel 60 fragen die Abgg. v. Fordenbed und v. Hennig an, wie die Regierung von einem Jahre in das andere übertragbare Fonds mit dem Artikel 72 der Verfassung vereinigen zu können glaube.

Präsident Delbrück: Sobald die Existenz übertragbarer Fonds zulässig ist, und das wird ja von dem Vorredner nicht bestritten, wird allen Anforderungen mit der Versicherung genügt sein, daß diese Fonds zu keinen anderen Zwecken verwendet werden, als sie etatsmäßig bestimmt sind.

Zu Tit. 5 des Extraordinariums, drückt der Abg. Grumbrecht seine Befriedigung darüber aus, daß die Kasernen auf Staats- und nicht auf Gemeindefonds erbaut wurden.

Abg. Stabenhausen constatirt, daß keine seiner Anfragen von den Bundescommissarien beantwortet sei.

Damit ist die heutige S.-D. erschoöpft. Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. S.-D.: 1) Vorberatung über das Statgesetz. 2) Schlussberatung über den Zollvereinsvertrag.

Berlin, 7. October. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ober-Appellationsgerichts-Präsidenten a. D. Dr. Freiherrn Loew v. Steinfurt zu Wiesbaden den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, den Ober-Appellationsgerichts-Räthen a. D. Heinrich Langhans,

Freiherrn Franz Ludwig v. Preuschen von und zu Liebenstein und Wilhelm Reichmann zu Wiesbaden den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse, dem Hof- und Appellationsgerichts-Rath a. D. Friedrich Wilhelm Stahl zu Dillenburg und dem Hof- und Appellationsgerichts-Secretär a. D. Hofrath Leidner zu Wiesbaden, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem Hof- und Appellationsgerichts-Beckellen a. D. Johann Philipp Wälder zu Dillenburg das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner den Commissarien Brädel und Hachmeister zu Clausthal den Charakter als Rechnungsrath; sowie dem Zahnarzt Carl Zimmer zu Kassel das Prädikat eines königlichen Hof-Zahnarztes verliehen.

Der Gerichts-Assessor Hoffmann in Schleusingen ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Gersfeld und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Raumburg a. S., mit Anweisung seines Wohnsitzes in Weiskenen, ernannt worden. (S.-D.)

Berlin, 7. Octbr. [Ein Brief Louis Napoleons.] Der Londoner „Globe“ bringt einen Brief Louis Napoleons aus dem vorigen Jahre (nach dem Kriege), den das Blatt aus „authentischer Quelle von Berlin“ erhalten haben will und der die Veranlassung zu dem Rücktritte des Ministers Drouyn de Lhuys aus dem auswärtigen Amte gewesen sein soll. Dieses Schreiben ist, wie der „Globe“ hinzufügt, bisher nicht veröffentlicht worden. Es lautet:

12. August 1866.

Mein lieber Monsieur de Kabalette.

Ich mache Sie endlich auf folgende Thatfachen aufmerksam: — Mitten in der zwischen Herrn v. Bismarck und Benedetti (damals Gesandter in Berlin) stattfindenden Conversation hat Mr. Drouyn de Lhuys den Einfall gehabt, einen Entwurf über die uns etwa zustehenden Entschädigungen nach Berlin zu schicken.

Diese Conventio hätte, meiner Ansicht nach, geheim bleiben sollen; trotzdem wurde davon im Auslande gesprochen, bis zuletzt die Zeitungen behaupteten, daß man uns die Rheinprovinzen abgeschlagen habe.

Aus meinem Gespräche mit Benedetti geht hervor, daß wir, um sehr geringen Vortheils wegen, ganz Deutschland gegen uns haben würden.

Es ist von Wichtigkeit, die öffentliche Meinung über diesen Punkt nicht irre geben zu lassen. Beranlassen Sie eine sehr entschiedene Widerung dieser Gerüchte in den Journalen. Ich habe in diesem Sinne an Mr. Drouyn de Lhuys geschrieben. Er schickt mir die „Correspondance Habas“, die ich hier beschließe. Das richtige Interesse Frankreichs liegt nicht in der Erlangung einer unbedeutenden Gebietsvergrößerung, sondern in der Unterstützung Deutschlands, um sich in einer, unseren und Europas Interessen allgünstigsten Weise zu constituiren. —

Gemeinhin Sie u. s. w.

Napoleon.

Ob dieser Brief echt ist, wissen wir nicht — dafür hat der „Globe“ einzutreten. Wäre er aber authentisch, so beweist er; nach der Ansicht der „Kreuz“, auf's Neue, daß Louis Napoleon der erste französische Staatsmann ist.

[Die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Paris] wird, wie man hier zu wissen glaubt, schon, bevor sie angetreten wird, Gegenstand eines Erlasses des k. k. v. Weust an die Gesandten Oesterreichs sein, durch welchen diese in den Stand gesetzt werden sollen, Befragungen, die sich etwa an die Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon knüpfen möchten, zu befragen. Es ist übrigens noch keineswegs gewiß, daß der Aufenthalt des Kaisers Franz Joseph in Paris von der so langen Dauer sein wird, die ein Wiener Blatt demselben zuschreibt.

[Das Staatsministerium] hat dieser Tage über die Stellvertretungskosten der im Reichstage sitzenden Beamten (wie bereits telegr. gemeldet) einen Beschluß dahin gefaßt, daß dieselben nicht ferner gefordert und die bereits bezahlten von der Staatskasse zurückgefordert werden sollen.

Frankfurt a. M., 4. Octbr. [Der Kurfürst von Hessen] hat nunmehr seinen ganzen Hofhalt von Hanau nach seiner Besetzung Horzawez in Böhmen beordert und der noch in Hanau befindlich gewesene Theil der Hofdienerschaft nebst Pferden und Equipagen ging vorgestern von dort mit einem besonderen Bahnzuge nach Böhmen ab.

Sigmaringen, 4. Octbr. [Zum Empfang des Königs-paares] wird der „Kreuztg.“ geschrieben: Nachdem heute Mittag Se. K. H. der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen mit dem Prinzen, seinen Adjutanten und dem Geheimen Rathe v. Wächterlin — welcher Letztere bei der gestrigen Feier auf der Burg Hohenzollern den Rothen Adler-Orden 1. Klasse erhalten — hier eingetroffen war und sich die Nachricht verbreitete, die Ankunft Ihrer Majestäten und des Kronprinzen werde um 6 Uhr erfolgen, wogte es in den Straßen von geschäftigen und freudig erregten Menschen. Die Aufschmückung der Häuser wurde vollendet und das sonst schon so freundliche und reinliche Sigmaringen gewann ein ungemein festliches und belebtes Ansehen. Landwehrmänner und Reservisten der Sigmaringer Landwehr-Compagnie — viele darunter mit dem Erinnerungskreuz von 1866 geziert — versammelten sich unter Vortritt eines Musikkorps und mit einem colossalen Banner in den Hohenzollernschen Farben, um auf der Terrasse vor dem Eingange in das fürstliche Schloß ihre Aufstellung zu nehmen; denn die meisten von ihnen wollten ihren Kriegsherrn, den sie zuletzt vor den Thoren Wiens gesehen, nachdem die Früchte ihrer Thaten eingeharnt waren, in der süßlichsten Spitze seines Reiches wiedersehen. Die nach dem Muster der Berliner organisirte und uniformirte Feuerwehr bildete Spalier an der steilen Auffahrt zum Schloße und die Reservisten, welche in der Cavallerie gebiet, hatten sich breiten gemacht, um, mit weiß-schwarzen Schärpen geziert, dem Königspaar bis auf die nächsten Treppen entgegenzueilen und von dort her die Equipagen zur Stadt zu begleiten. Einige dreißig junge Damen der Stadt, festlich in Weiß gekleidet, versammelten sich an der Ehrenpforte, welche zunächst der Donaubrücke am Eingange in die Stadt errichtet war, und in ihrem mächtigen Bau die ganze Breite der Straße abschloß. Hier erschien auch der Regierungs-Präsident v. Blumenthal und der Ober-Untmann v. Manstein, so wie Deputationen des Magistrats und des Bürger-Ausschusses, der Bürgermeister Gastel und der Obermann Aloys Bauer an der Spitze derselben. Um 6 Uhr donnernten die ersten Kanonenschüsse von der Josephshöhe in das schöne Donaual hin ein und ihr Donner brach sich an den hochragenden Felsen, auf denen das fürstliche Schloß sich erhebt. Das Geläut der Kirchenglocken stimmte ein und die vorausprengenden berittenen Bürger kündigten die Annäherung der königlichen Equipagen an. In der ersten, mit ganz zurückschlagenem Verdeck, saß Se. Maj. der König in Helm und Mantel auf der rechten Seite, links neben Allerhöchstdemselben der Fägel-Adjutant vom Dienst. Als der Wagen unter der Ehrenpforte hielt, trat der Bürgermeister Gastel an den Wagenschlag und begrüßte Se. Majestät im Namen der Stadt, während die drei ersten der aufgestellten jungen Damen an den zweiten Wagen traten, in welchem Ihre Majestät die Königin mit dem Kronprinzen saß. Das Fenster des Wagenschlages wurde heruntergelassen und Ihre Majestät geruhte aus den Händen der Tochter des Kaufmanns Müller ein auf weißer Seide gedrucktes Bewillkommungsgebieth, sowie einen prächtigen Blumenzweig entgegenzunehmen und den drei Ueberreichenden gnädigst dankend die Hand zu geben. Unter fortgesetztem Jubelruf folgten die versammelten Massen dem langen Wagenszuge bis zur Einfahrt in das Schloß, um sich dann in den sich nun glänzend beleuchtenden Straßen zu vertheilen und die nach Verendigung des Gala-Diners gesoffte Fahrt Ihrer Majestäten durch die zu Festtagen gewordenen Straßen der Stadt nicht zu versäumen.

## Amerika.

Newyork, 21. Sept. [Sheridan. — Grant. — Griffith.]

Die Reise Sheridan's durch den ganzen Westen war ein ununterbrochener







6. Ostpr. Inf.-Regt. Nr. 43 verlegt. Adressen I. Sec.-St., bisher im Oldenburgischen Contingent (Patent vom 28. April 1865), in das 4. Oberstl. Inf.-Regt. Nr. 63 einrangiert. Knipping, Oberst, agr. dem 3. Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 66, von der ihm einst. übertragenen Führung eines Bats. entbunden. Ronneberg, Hauptm. und Comp.-Chef im Inf.-Regt. Nr. 81, unter Beförderung zum Major, in das 2. Oberstl. Inf.-Regt. Nr. 23 verlegt. Freih. v. Scherr-Edel, Rittmeister a. la suite des 2. Schles. Drag.-Regts. Nr. 8 und commandirt als Reitlehrer bei dem Militär-Reit-Institut, das Gehalt eines Rittmeisters 1. Klasse gewährt. v. d. Deden, Rittmeister und Sec.-Chef im Drag.-Regt. Nr. 11, zum Major mit Beibehaltung der Escadron befördert.

C. Stellenbesetzung neuformirter Truppentheile.  
Oldenburgisches Inf.-Regt. Nr. 91. Commandeur Oberst Lehmann. Oberstl. Camping, bisher im Oldenb. Inf.-Regt. (Patent vom 10. Juli 1866), Major Scherz, bisher im Oldenb. Inf.-Regt. (Patent vom 10. Juli 1866), Major v. Kienitz, bisher im 1. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 13, Major v. Quadt und Hachtendruck, bisher Hauptm. im 2. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 28, Hauptm. v. Bodelmann, bisher im 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50.

Anhaltisches Inf.-Regt. Nr. 93. Commandeur Oberst v. Krosigk. Major Werner, bisher im Regiment Anhalt (Patent vom 14. Sept. 1865), Major v. Fuchs, bisher im Inf.-Regt. Nr. 74, Major v. Schwemler, bisher im 3. Bomm. Inf.-Regt. Nr. 14, Major Freih. v. Rittig, bisher Hauptm. im 1. Pof. Inf.-Regt. Nr. 18, Hauptm. v. Kaumer, bisher im 1. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 46, Sec.-St. v. Lynder, bisher im 3. Garde-Gren.-Regt. Königin Elisabeth, Sec.-St. Hanke, bisher im 1. Schles. Gren.-Regt. Nr. 10.

Sächsisches Inf.-Regt. Nr. 94. (Großherzog von Sachsen.) Führer Oberstl. v. Bessel. Major v. Redern, bisher im Inf.-Regt. Nr. 78, Major v. Wussow, bisher im Leib-Gren.-Regt. (1. Brandenburg.) Nr. 8, Major v. Reder, bisher aggregirt dem Königs-Gren.-Regt. (2. Westpreussisches) Nr. 7, Major v. Gellieu, bisher Hauptm. im Garde-Schützen-Bataillon.

Sächsisches Inf.-Regt. Nr. 95. Commandeur Oberst v. Fabe. Oberstl. v. Gerstein-Hohenstein, bisher a. la suite des 1. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 46, Major v. Bassowitz, bisher a. la suite des Kaiser Alexander Garde-Gren.-Regts. Nr. 1, Major v. Bischoffshausen, bisher im Sachsen-Meininger Inf.-Regt. (Patent vom 25. Sept. 1866), Major v. Schrabich, bisher Hauptm. im Kaiser Alexander Garde-Gren.-Regt. Nr. 1, Hauptm. v. Redlig, bisher a. la suite des 2. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 47.

7. Thüringisches Inf.-Regt. Nr. 96. Commandeur Oberst v. Wartenberg. Major v. Delitz, bisher a. la suite des Magdeb. Inf.-Regts. Nr. 36, Major v. Rittsch, bisher im Westpr. Gren.-Regt. Nr. 6, Major v. Vangel, bisher a. la suite des 4. Garde-Gren.-Regts. Königin v. Major v. Bloch, bisher Hauptm. im 1. Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 26, Pr.-St. Köppler, bisher a. la suite des 1. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 46.

Oldenburgisches Drag.-Regt. Nr. 19. Führer Major v. Trotha. Statism. Stabsadjutant Major v. Wardenburg, bisher im Oldenb. Reiter-Regt. (Patent vom 4. April 1867). Sec.-St. v. Dammig, bisher im 2ten Schles. Drag.-Regt. Nr. 8.

D. Personal-Veränderungen in der Artillerie.  
Räder, Oberst, bisher in der Oldenb. Artillerie (Patent vom 4. Juli 1867), mit Beförderung seiner gegenw. Competenz dem Brandenburg. Feld-Artill.-Regt. Nr. 3 (General-Feldzeugmeister) aggregirt. Nieber, Major, bisher in der Oldenb. Artillerie (Patent vom 8. Febr. 1865), mit dem chargemäßigen Gehalt dem Bomm. Feld-Artillerie-Regt. Nr. 2 aggregirt.

## Provinzial-Beitung.

— Breslau, 8. Oct. [Zum gegenwärtigen Stande der Kinderpest.] Im Anschluß an unsere Mittheilung vom 27. v. M. fügen wir noch hinzu, daß die Kinderpest in Odwienim erheblich an Ausdehnung gewinnt. Es ist daher der Eisenbahnverkehr auch in der Weise beschränkt worden, daß bei Ankunft der Personenzüge aus Odwienim in Neubrunn eine jedesmalige Desinfection sämmtlicher mit der Bahn angelangter Personen durch Chloräucherung vorgenommen wird. — Zur Erleichterung des Personenverkehrs in denjenigen Grenzdistricten, welche nach den Grundrissen des § 4 der Verordnung vom 27. März 1836, d. h. also völlig abgesperrt sind, sind in Pawlowitz und Gogalkowitz, Pleßer Kreises, sowie in Gogalkowitz, Rybnitzer Kreises, Desinfection-Locale für Personen errichtet. Der Verkehr mit Wagen bleibt jedoch auch an diesen Punkten untersagt. Endlich ist, da die bisher commandirt gewesenen Militärkräfte zu einer völligen Absperzung der betreffenden Grenzdistricte nicht ausreichen, das Commando um ein Bataillon, nämlich das 2. des 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 51 aus Bries vergrößert worden.

Breslau, 8. Oct. Angekommen: Ihre Durchlaucht Frau Fürstin von Sulkowka, aus Schloß Reizen. Seine Durchlaucht Hans Heinrich XII., Fürst von Pleß, Graf v. Hochberg-Fürstentum, aus Pleß. Ihre Durchlaucht Prinzessin Elisabeth v. Sulkowka, aus Schloß Reizen.

Gehten wurde: Kleine Scheinigerstraße 57, 1 nussbrauner Schreibsetztel, in einer Schublade desselben befand sich 1 braunleberne Brieftasche, mit einer preussischen Kassenanweisung über 25 Thlr., einem Viertelloos zur letzten Ziehung der preussischen Klassenlotterie (Nr. 87.572), einem Frankfurter Lotterielos (Nr. 14.493), einem Silberstift und verschiedene Papiere. Am Oberdresdener Bahnhofe Nr. 1 aus verschlossenem Wäschboden, 2 weisseleine Dedücken v. W. gezeichnet und 3 weisseleine Betttücher, 2 davon mit G. W. 3 und 4 und 1 mit R. gezeichnet. Al. Scheinigerstr. Nr. 58, 1 Oberbett, 2 Kopfkissen mit rothcarrierten Innletten und 1 großes leinenes Betttuch. Aus einem Garten am Mauritiusplatz circa 1 Scheffel Wallnüsse. Albrechtsstraße Nr. 45, 1 Riste mit schwarzer Seife, 6 Centner schwer. Ring Nr. 15 aus dem Hausflur, 1 Holzstiel mit 25 leeren Ungarweinfässchen. Dieselbe ist W. W. Nr. 966 gezeichnet. Herrenstraße Nr. 31, 1 silberne Cylinderuhr mit Secundenzeiger. Bläckerplatz Nr. 11, 1 dunkelblauer Sommerüberzieher mit 2 Brusttaschen und mit Wolltasche gefüttert. Blauerstraße Nr. 24/25, ein schwarzer Frauenrock, 1 schwarz- und weißcarriertes Umschlagetuch, 2 leinene Frauenhemde und 1 weißer Strohhut. (Fremdenbl.)

# Aus dem Niesengebirge, 4. October. [Schlußbericht.] Die Bade- und Brunnen-Administration zu Warmbrunn giebt heut die letzte Nummer des „Badeblattes“ nebst „Schlußbericht“ aus, dem wir Folgendes entnehmen: In der diesjährigen Badezeit waren in Warmbrunn angewendet:

1) an Gurgästen 2051 Familien, mit ihrer Begleitung 3072 Personen, 2) an Fremden 3078 „ 4370

zusammen 5129 Familien, mit ihrer Begleitung 7442 Personen. Es waren also in diesem Jahre mehr angewendet als im Jahre 1865:

1) an Gurgästen 1286 Familien mit 1961 Personen, 2) an Fremden 1539 „ 1738

zusammen 2825 Familien mit 3699 Personen.

Unter den diesjährigen Gurgästen befanden sich 431 Militärpersonen, und zwar: 3 Hauptleute, 15 Pr.-Lieutenants, 53 Sec.-Lieutenants, 5 Stabs- und Bataillons-Aerzte, 1 Assistenzarzt, 6 Zahlmänner, 1 Portepächter, 27 Wachtmeister und Feldwebel, 3 Oberjäger, 66 Sergeanten und Unteroffiziere, 1 Stabschirurg, 5 Hauptboisten, 1 Zeug-Sergeant, 1 Bataillonstambour, 3 Hornisten, 2 Ober-Gefreite, 10 Gensdarmen, 218 Gefreite und Gemeine, ferner 1 Intendantur-Secretär, 1 Apotheker, 1 Kasernen-Inspicirer, 1 Divisions-Rüster und 5 Lazareth-Schiffen, denen sämmtlich Herr Graf Schaffgotsch kostenfreie Badecur gewährt hat. Außer diesen haben noch 27 Militärpersonen unentgeltliches Quartier mit Bedienung erhalten. Dieselbe Freigebigkeit ist noch 496 Civilpersonen durch die Bewilligung freier Badecur zu Theil geworden, so daß die Zahl der diesjährigen Freibadenden überhaupt 927 Personen beträgt, wovon 163 der ersten, 344 der zweiten und 420 der dritten Klasse angehören. Im gräflichen Badearmen-Hospiz fanden 134 hilfsbedürftige Gurgäste kostenfreie Aufnahme und Verpflegung. Aus der Bade-Armen-Kasse sind 228 Thlr. 10 Sgr. zur Unterstützung armer Gurgäste verwendet worden. Von den Gurgästen gehörte die überwiegende Zahl dem weiblichen Geschlecht an. Das Verhältniß war in diesem Jahre ein ganz ungewöhnliches, was zum Theil die Pariser Ausstellung herbeiführte, die zu viel Männer vom Besuch des Bades abgehalten. Es klagten daher auch die Galtwirthe, Handwerker und Handelsleute, daß die Einnahmen zu der großen Anzahl von Gurgästen in gar keinem Verhältniß ständen, vielmehr weit geringer seien, als in den früheren Jahren. Nicht minder klagten die Lohnkutscher und Lohn-

diener über allzugerhörige Trinkgelde, ja, sogar die Hausbesitzer, welche Wohnungen für Gurgäste eingerichtet, führen bittere Klagen darüber, daß in diesem Jahre die Hebel des Druckstems von schönen und zarten Geschlechtern wecklicher, empfindlicher gehandelt worden, als früher von dem starken Geschlecht. Wenig war recht, wohl aber Alles zu theuer, trotzdem unsere Wirthe das Allergrößte geleistet. — An Kunstgenüssen war die diesjährige Saison so reich, als die Zeitverhältnisse nur irgend gestatteten. Für theatralische Unterhaltung sorgte die gutbesetzte Gesellschaft des Herrn Georgi. Mit Concerten waren wir — wie schon mitgetheilt — sogar überreich begünstigt. Auch an Kunststreiten und Wettkämpfen fehlte es nicht. Alle übrigen Kunstproductionen, die in den Bädern sonst gang und gäbe, vermischten wir in diesem Jahre gänzlich, während für eine Industrie-Ausstellung unsere einheimischen Künstler und Handwerker in ihren Verkaufsalen in vollstem Maße und zur größten Zufriedenheit der Fremden gerüstet hatten. Mehr als überflüssig vorhanden waren alle die, welche die Gurgäste weniger unterhalten als belästigen. Im Ganzen kann also in diesem Jahre der Besuch ein recht zahlreicher, die Einnahme eine nur mittelmäßige und die Unterhaltung eine befriedigende genannt werden. Auch der Gesundheitszustand war ein sehr guter, die Wirkung der Bäder aber nach wie vor eine ganz vorzügliche.

Δ Reichenbach, 7. Octbr. [Denkmal. — Rathhausbau. — Petition.] In dem Atelier des Hoflieferanten Herrn Thust in Gnadensfeld wird gegenwärtig ein den Geliebten eines westfälischen Infanterie-Regiments gewidmetes Denkmal gearbeitet, welches auf dem Schlachtfelde bei Königgrätz seine Stelle finden soll. Das Denkmal besteht aus einem Marmor-Obelisk und wird neben entsprechender Widmung die Namen der gefallenen Offiziere und Mannschaften des Regiments enthalten. — Es sind bereits mehrere Concurrenzpläne für den Neubau des Rathhauses eingegangen. Nach den früher erfolgten Anfragen über die Bedingungen des projectirten Baues ist eine lebhafteste Theilnahme bei der Concurrenz zu erwarten. — Unter dem Reichstage vorliegenden Petitionen befindet sich auch eine solche des früheren Kaufmanns C. W. Girndt in Langenbühlau, ansehnend wegen Rechtsverweigerung. Girndt, der vor einigen Jahren für unbescheidungsfähig erklärt worden ist, ist ein bekannter Petent bei dem Abgeordnetenhaus gewesen. — Die massenhaften Petitionen, welche C. früher an alle Behörden in Rath und Fern, sowie an die Landesvertretung abgab, hatten immer das Schicksal, als unverständlich ad acta gelegt zu werden.

Breslau, 8. Oct. [Wasserstand.] D.-B. 14 F. 13. U.-P. — F. 10 F.

## Telegraphische Depeschen.

Wien, 8. Oct. Die „Debatte“ meldet verbürgt, daß der Kaiser entsprechend dem Ministerverantwortlichkeitsgesetze das Ministerium beauftragte, die bischöfliche Adresse zu berathen und darüber Bericht zu erstatten.

Die „Presse“ und die „Debatte“ melden: Die Brüder des Kaisers, die Erzherzöge Carl Ludwig und Ludwig Victor, werden den Kaiser nach Paris begleiten; die Abwesenheit des Kaisers ist auf eine neun-tägige Dauer festgesetzt.

[Breslauer Börse vom 8. Octbr.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.)  
Russisch-Papiergeld 84 1/2 bez. u. Br. Oesterreichische Banknoten 82 1/2 bez. u. Br. Rentenbriefe 91 1/2 bez. u. Br. Schles. Pfandbriefe 83 1/2 bez. u. Br. Nat.-Anleihe —. Freiburger 134 Br. Reiffe-Briege —. Oesterreich. Litt. A. und C. 192 1/2 Br. Wilhelmsbahn 69 1/2 — bez. u. Br. Oppeln-Larnowitzer —. Oester. Credit-Actien 69 1/2 — bez. u. Br. Schlesischer Bankverein 113 1/2 bez. u. Br. 1860er Loose 65 Br. Amerikaner 75 bez. u. Br. Warschau-Wiener 60 1/2 bez. u. Br. Minerba 30 1/2 Br. Baier. Anleihe —. Italiener 45 1/2 bez. u. Br.

Breslau, 8. Octbr. Preise der Cerealien.  
Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergrößen.  
fein mittel ordn. fein mittel ordn.  
Weizen, weißer 115—118 112 106—110 Gerste ..... 62—64 61 58—60  
do. gelber, 112—115 110 104—107 Hafer ..... 37 36 35  
Roggen ..... 89 88 87 Erbsen ..... 70—74 69 65—67

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Mehl und Hülsen.  
Weizen ..... 206 196 186  
Winterweizen ..... 198 188 178  
Sommerweizen ..... 180 170 160  
Dortel ..... 160 150 140

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 1000 Qrt. bei 80% Alcohol  
21 1/2 Br., 21 1/2 Gld.  
Officiell getündigt: — Ctr. Weizen. 3000 Ctr. Roggen. — Ctr. Hafer.  
— Ctr. Leinöl. 600 Ctr. Rübsöl — Ctr. Feinöl. — Ctr. Spiritus.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.  
Paris, 7. Octbr. Nachm. 3 Uhr. Feste Haltung. Consols von Mittags 1 Uhr waren 94 1/2 gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 22 1/2 — 68, 30—68, 25 Italien. 5proc. Rente 45, 95. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 467, 50. Credit-Mobil.-Actien 175, 00. Lombard. Eisenbahn-Actien 366, 25. Oester. Anleihe von 1865 pr. ept. 325, 00. 6% Ver. Staats-Anleihe pr. 1882 (ungef.) 80 1/2.

London, 7. Octbr. Consols 94 1/2. Amerikaner 71 1/2.  
Frankfurt a. M., 7. Octbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 94 1/2. Finnländische Anleihe 83 1/2. Neue Finnländische 4 1/2. Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 74 1/2. Oester. Bank-Anleihe 642. Oester. Credit-Actien 161. Darmstädter Bank-Actien 217 1/2. Oester. Elisabethsbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahabahn —. Ludwigsbahn —. Hessische Ludwigsbahn —. Darmst. Zettelbank 241. Oester. 5% steuerf. Anleihe 45 1/2. 1854er Loose 57 1/2. 1860er Loose 64 1/2. 1864er Loose 67 1/2. Babilische Loose 51 1/2. Kurhessische Loose 53. 5% österreich. Anleihe von 1859 56 1/2. Oesterreich. National-Anleihe 51 1/2. 5% Metalliques —. 4% Metall. 38 1/2. Baier. Prämien-Anleihe 96 1/2. Neue Babilische Prämien-Anleihe 94. Flau. Nach Schluß der Börse Creditactien 161 1/2, Staatsbahn 218 1/2, Amerikaner 74 1/2.

Wien, 7. Oct. [Schluß-Course.] 3proc. Metall. 55. — National-Anleihe 64. 70. 1860er Loose 80. — 1864er Loose 71. — Credit-Actien 171. 40. Nordbahn 166. 75. Galizier 204. 25. Böhm. Westbahn 138. 80. St.-Eisenb.-Actien-Cert. 231. 30. Lombard. Eisenbahn 177. 25. London 125. 20. Paris 49. 65. Hamburg 92. —. Kassenscheine 184. —. Napoleons-d'or 10. 01. Sehr bewegt.

Wien, 7. Oct. [Abendbörse.] Credit-Actien 172. — Nordbahn 166. 70. 1860er Loose 80. 20. 1864er Loose 71. 50. Staatsbahn 231. 50. Galizier 204. 50. Steuerfreies Anleihen —. Napoleons-d'or 10. —. Analo-Austria-Bank —. —. Ungarische Creditactien —. —. Im Verlaufe des Geschäfts bessere Stimmung.

Hamburg, 7. Octbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Ueberwiegende Kaufkraft bei ungenügendem Angebot. Oester.-französische Staatsbahn 457 1/2. Italien. Rente 44 1/2. Lombard 353. Norddeutsche Bank jeht 116 1/2. — Schluß-Course: Hamb. Staats-Prämien-Anleihe 86. National-Anleihe —. Oesterreichische Credit-Actien 68 1/2. Oester. 1860er Loose 64 1/2. Mexicaner —. Vereinsbank —. Norddeutsche Bank 116 1/2. Rhein. Bahn 113 1/2. Nordbahn 92 1/2. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 95. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 88. 3proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 68. Disconto 2 pCt.

Hamburg, 7. Octbr. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, aber ruhiger, auf Termine sehr geschäftlos. Weizen pr. Oct. 5400 Pfd. netto 180. Vantotaler Br. u. Co. pr. Oct.-Nov. 179 Br., 178 Gd. Roggen pr. Oct. 5000 Pfd. Brutto 135 Br., 134 Gd., pr. Oct.-Nov. 134 Br., 133 Gd. Hafer fest. Spiritus rubig. Rübsöl unverändert, loco 24, pr. October 24, pr. Mai 25 1/2. Kaffee sehr still. Zint fest.

Liverpool, 7. Octbr. Mittags. Baumwolle: 10—12,000 Ballen Umsatz. Ruhiger Markt. Import 1844 Ballen (davon Surate 333 Ballen). Midding Amerikan. —. New-Orleans 8%. Georgia 8%. Fair Bollers 6. Midding fair Bollers 5 1/2. Good middling Bollers 5 1/2. Bengal 4 1/2. Good fair Bengal 5 1/2. Fine Bengal —. New fair Dorna 6. Fair Dorna —. Good fair Dorna 6 1/2. Bernam 9. Cypria —. Smerna 7.

Paris, 7. Octbr. Nachm. Rübsöl pr. October 99, 50, pr. Novbr.-Dezbr. 99, 50, pr. Januar-April 99, 50. Mehl pr. October 88, 00, pr. Novbr.-Dezember 88, 00. Spiritus pr. October 67, 00.

London, 7. October. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Totalzufuhr von Weizen seit letztem Montag 16,910 Qrt., von Gerste 1100, von Hafer 6712 Qrt. Engländer und fremder Weizen gegen letzten Montag 3, Gerste 1, alter Hafer 2, neuer 1 Schilling höher. Lebhafte Geschäft.

London, 7. October. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Engländer Weizen 2 bis 3, der beste 4 Schilling höher bei gutem Umsatz. Hafer 1 1/2 Schilling höher. Gerste 1, Bohnen, Erbsen, Mehl 2 Schilling höher. — Mildes Wetter.

Berlin, 7. Octbr. Die Nachrichten aus Italien widersprechen zwar der ursprünglich allgemein verbreiteten Annahme, daß die Bewegung der „Neuen freien Presse“, daß eine Condonation zwischen Frankreich und Italien abgeschlossen sei, wenn sie sich bemächtigete, ebenfalls ein ähnliches Resultat sehr bald herbeizuführen. Diefen Reflexionen möchte es zuzuführen sein, daß die Börse die anfänglich vorhandene Flau nach und nach überwand und einer festeren Stimmung sich um so eher überließ, als die Neigung zu solcher unvertennbar vorhanden ist. Mit diesen Anzeichen von vermehrter Festigkeit plaudert aber auch die Börse das Mögliche geleistet zu haben, denn sie erhob sich nicht zu einer nennenswerthen Regelmäßigkeit des Verkehrs. In den fremden Speculationspapieren machten sich allerdings manche Umsätze, aber der Cours derselben namentlich was Franzosen, mehr aber noch, was Lombarden anbelangt, repräsentirt weiche Richtung gegen lezt. Amerikaner und Italiener behaupteten bei höchst mäßigen Umsätzen die billigeren sonnenabendlichen Notizen; fremde Fonds bewahrten eine gute Haltung und zogen einzelne russische Anleihen, so die ältere Prämien-Anleihe selbst etwas an; Rum. Anleihe 59 1/2 etc. bez. Der Eisenbahnmarkt widerstand in der Mehrzahl seiner Effecten jedem Coursrückgang, Köln-Minener, Rheinische, Bergische und Potsdamer indeß erlitten keine Einbußen, Mainzer sogar eine beträchtliche. Belebt und befestigt zeigt sich Nordbahn zu ziemlich unbedeutendem Preise; Ostbayer, Nordbayer-Erfurter und Coseler gewonnen im Course. In Bezug auf die VI. Berlin-Stettiner Priorität erwähnen wir, daß die Zinsen mit 4 pCt. garantirt sind und die V. Priorität unbegeben sich im Reserfend der Gesellschaft befindet. Von preuß. Fonds, die gut behauptet, verloren nur Staats-Schuldenscheine eine Kleinigkeit. Preuß. Schatzscheine 100 1/2 bez. — Prämie für Amerikaner pr. ult. Oct. 75 1/2 — 1/4, pr. ult. Novbr. 76 — 1/4, pr. ult. Dezbr. 76 — 1/4. (B. u. S. 8.)

## Berliner Börse vom 7. October 1867.

Fest- und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Freiw. Staats-Anl. 1858	97 1/2 G.	Amsterd.-Rotterd.	7 1/2
Staats-Anl. von 1858	102 1/2 br.	Berg.-Märkische	13
dito 1854, 56, 57, 43	97 1/2 bz.	Berlin-Anhalt.	16
dito 1859, 41	97 1/2 bz.	Berlin-Görlitz.	16
dito 1860, 40	97 1/2 bz.	dito St.-Prior.	9
dito 1861, 39	97 1/2 bz.	Berlin-Hamburg	31 1/2
dito 1862, 38	97 1/2 bz.	Berlin-Potsd.-Magd.	18
Staats-Schuldenscheine	83 1/2	Berlin-Stettin	8
Präm.-Anl. von 1867	116 1/2 br.	Böhm. Westb.	9
Berliner Stadt-Obliq.	76 1/2	Galiz.-Karl.	21 1/2
Kur.-u. Neumark.	76 1/2	Österr.-Oderb.	21 1/2
Pommersche	76 1/2	dito St.-Prior.	4 1/2
Pommersche	76 1/2	dito dito	4 1/2
Posenische	76 1/2	Gall.-Ludwig.	6
dito neue	76 1/2	Ludwigsh.-Borb.	10 1/2
Schlesische	76 1/2	Magd.-Haltb.	15
Kur.-u. Neumark.	76 1/2	Magd.-Leipzig	20
Pommersche	76 1/2	Mainz-Ludwigsh.	8
Posenische	76 1/2	Möckelnburger	3
Preussische	76 1/2	Nassau-Weilb.	5 1/2
Westph.-u. Rheinl.	76 1/2	Niedersch. Märk.	4
Schlesische	76 1/2	Niedersch. Westb.	3 1/2
Louisdor 11 1/2 G.		Nordb. Fr.-Wilh.	4
Goldkr. 9 1/2 G.		Obereschl. A.	11 1/2
		dito B.	11 1/2
		dito C.	11 1/2
Ausländische Fonds.		Bank- und Industrie-Papiere.	
Oesterr. Metalliques	45 1/2	Berl. Kassenz.-B.	12 1/2
ditto Nat.-Anl.	52 1/2	Braunschw. V.	10
ditto Lot.-Anl.	64 1/2	Bremer Bank.	8 1/2
ditto dito	64 1/2	Daniger Bank.	7 1/2
ditto 44er Pr.-A.	64 1/2	Deutscher Zettelb.	7 1/2
ditto Eisenb.-A.	64 1/2	Gothaer Bank.	7 1/2
ital. neue 5proc. Anl.	45 1/2	Hannoversche B.	7 1/2
Russ. Engl. Anl. 1867	85 1/2	Hamb. Nordb. B.	7 1/2
ditto Poln.-Sch.-Obliq.	82 1/2	Verkehrs-B.	7 1/2
Poln.-Pfundb.-III. Em.	67 1/2	Königsberger B.	7 1/2
Liqu. Pfandbr.	47 1/2	Luxemburger B.	7 1/2
Poln. Obl. a 500 Fl.	94 1/2	Magdeburger B.	7 1/2
ditto a 300 Fl.	90 1/2	Posenr. Bank.	7 1/2
Kursess. 40 Thlr. Obl.	83 B.	Preuss. Bank-A.	10 1/2
Baden 30 Fl. Loos.	29 B.	Thüringer Bank	7 1/2
Amerikan. St.-Anl.	75 1/2	Weimar	7 1/2
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			
Berg.-Märkische	12 1/2	Berl. Hand.-Ges.	8
ditto II. A.	12 1/2	Coburg Credit-A.	8 1/2
ditto III. A.	12 1/2	Darmstädter	8 1/2
Österr.-Minden	12 1/2	Dessauer	8 1/2
ditto II.	12 1/2	Diack. Com.-Anst.	8 1/2
ditto III.	12 1/2	Essener Credit-A.	8 1/2
ditto IV.	12 1/2	Leipziger	8 1/2
ditto V.	12 1/2	Mannh.	8 1/2
ditto VI.	12 1/2	Moldauer Lda.-B.	8 1/2
ditto VII.	12 1/2	Oesterr. Credit-A.	8 1/2
ditto VIII.	12 1/2	Schl. Bank.-Ver.	8 1/2
ditto IX.	12 1/2		
ditto X.	12 1/2		
ditto XI.	12 1/2		
ditto XII.	12 1/2		
ditto XIII.	12 1/2		
ditto XIV.	12 1/2		
ditto XV.	12 1/2		
ditto XVI.	12 1/2		
ditto XVII.	12 1/2		
ditto XVIII.	12 1/2		
ditto XIX.	12 1/2		
ditto XX.	12 1/2		
ditto XXI.	12 1/2		
ditto XXII.	12 1/2		
ditto XXIII.	12 1/2		
ditto XXIV.	12 1/2		
ditto XXV.	12 1/2		
ditto XXVI.	12 1/2		
ditto XXVII.	12 1/2		
ditto XXVIII.	12 1/2		
ditto XXIX.	12 1/2		
ditto XXX.	12 1/2		

Berlin, 7. October. Weizen loco 86—108 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 75—79 Thlr. nach Qualität. 75—79 Pfd. 78 Thlr. ab Bahn bez. — Hafer loco 11 1/2 Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 23 1/2 — 1/4 Thlr. bez. pr. Oct. 23 1/2 — 23 1/4 Thlr. bez., Oct.-Nov. 20 1/2 — 1/4 Thlr. bez., Nov.-Dezbr. 20 1/2 — 1/4 Thlr. bez., April-Mai 20 1/2 — 1/4 Thlr. bez.

# Breslau, 8. October. Der heutige Markt war schwächer befahren, demungeachtet zeigte sich die Kaufkraft ruhiger und mußten die Inhaber ihre Forderungen ermäßigen.

Weizen bei ruhiger Frage, pr. 84 Pfd. schlechter weißer 106—118 Sgr., gelber 104—115 Sgr., feinstes Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen bei matter Stimmung, pr. 84 Pfd. 87 bis 89 Sgr., feinstes Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste behauptet, pr. 74 Pfd. gelbe 58—60 Sgr., helle 61 Sgr., weiße 62—64 Sgr., feinstes Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer gut begehrt, pr. 50 Pfd. 35—36 Sgr., feinstes Sorte 37 Sgr. bezahlt. — Erbsen mehr beähtet. — Weizen ohne Frage. — Delfaaten bei ruhigem Geschäft schwach beähtet. — Bohnen mehr beähtet. — Schlaglein angeboten. — Rapskuchen begehrt, 33—55 Sgr. pr. Ctr.

## Bezirks-Verein

des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt: Mittwochs den 9. October, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des gelben Löwen, Oberstraße Nr. 23. Tages-Ordnung: a) Ueber die Verwertung des durch das Zuschütten der Dflau gewonnenen Terrains. Referent Herr Dr. Eger. b) Fragetafel.

Der Vorstand.

## Blondin.

Der Eintrittspreis zur heutigen Vorstellung beträgt für nummerirte Plätze 5, für unnummerirte 2 1/2 Sgr., nicht wie in der Morgenausgabe irrthümlich angegeben 7 1/2 und 5 Sgr.

## Mehl- und Getreidesäcke

in allen Größen von Leinwand und Drillich mit und ohne Naht, Drillisch und Leinwand zu Säcken, Wagenplanen, Matrasen u. empfiehlt zu ermäßigten Preisen Aug. Schwirkus in Briesg, Fabrik leinener Waaren.